



Zu meiner Person

Mein Motto bleibt: »Einer trage des anderen Last!« Ja, das ist ein Bibelwort. Genauso hieß auch ein DEFA-Film, der in Ost und West preisgekrönt wurde. Solidarität und Links gehörten schon immer zusammen, im Kleinen wie im Großen, in Marzahn-Hellersdorf, in der Europäischen Union, weltweit.

Doch die Realität sieht anders aus, auch hierzulande: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Das ist kein Naturgesetz, das ist das Ergebnis schlechter Politik. DIE LINKE will Millionäre und Milliardäre endlich in die Solidarität zwingen. Zu unser aller Glück und Zukunft!

Seit 25 Jahren wohne ich in unserem Bezirk. Ich möge ganz kurz Marzahn-Hellersdorf beschreiben, bitten mich Journalisten zuweilen. Ich sage ihnen dann nicht ohne Schmunzeln: Wir haben den zweithöchsten Berg Berlins, die schönsten Gärten der Welt und so viele Einwohner wie Kiel oder Magdeburg.

Mein politisches Engagement begann 1990 in der BVV. Ich wollte nicht in die deutsche Einheit hineinverwaltet werden, sondern sie mitgestalten können. Später war ich Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 1998 arbeite ich im Deutschen Bundestag. Dort wurde ich schon zweimal zur Vizepräsidentin gewählt. »Das möge so bleiben«, habe ich jüngst gesagt, denn dadurch spielt Marzahn-Hellersdorf nicht Bezirksliga, wie manche meinen, sondern Bundesliga mit internationalen Begegnungen. Natürlich geht es nicht ums Spielen. Überfällige Veränderungen brauchen Engagement, im Wahlkreis und im Parlament.

Es gibt immer Alternativen! Davon bin ich überzeugt, auch wenn andere Parteien beschwören, ihre Politik sei alternativlos. Die Alternative zu Kriegseinsätzen ist Frieden ohne Rüstungsgewinnler. Und die Alternative zu Kinder- und Altersarmut ist soziale Gerechtigkeit.

Übrigens, auch mein zweites Motto bleibt bestehen: »rot, radikal, realistisch!« Also linke Politik, die an die Wurzeln geht, konkret verändert.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 22. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Dafür bitte ich Sie um ihre Stimmen. Die 1. Stimme für mich als Direktkandidatin, die 2. Stimme für DIE LINKE.

Sicher teilen Sie meine Erfahrung: Je stärker DIE LINKE ist, desto sozialer wird das Land. Das ist keine Floskel. Jedes Prozent für DIE LINKE bringt die anderen Parteien zum Grübeln – und häufig auch zum Umdenken. Bereits 2003 hatten meine Kollegin Gesine Löttsch und ich gesetzliche Mindestlöhne gefordert. Wir wurden damals im Bundestag als linke Spinner verlacht.

Inzwischen werben fast alle für Mindestlöhne, Mindestlöhnchen. Wir erst haben Bewegung in die Starre gebracht, und das ist bei nahezu allen Themen bitter nötig – für Sie, für uns.

Meine Bitte gilt,
mit solidarischen Grüßen

Kontakt

Petra Pau
Wahlkreisbüro
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Telefon: 030/99 28 93 80
Fax: 030/99 28 93 81

petra.pau@wk.bundestag.de
www.petrapau.de



Petra Pau
rot. radikal. realistisch.

DIE LINKE.

DIES und DAS

Rechtsextremismus

Als linke Innenpolitikerin sind meine Pro-Themen Bürgerrechte und Demokratie, meine Kontra-Themen folglich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. 2012/2013 arbeitete ich im »NSU-Untersuchungsausschuss«. Es geht um eine bislang einzigartige Mordserie eines Nazi-Trios namens »Nationalsozialistischer Untergrund«. Zehn Morde, zwei Bombenanschläge und ein Dutzend Überfälle gingen auf ihr Konto. Dabei wird eines meist vergessen: Bevor die NSU-Bande im Jahr 2000 ihr erstes Opfer hinrichtete, wurden im vereinten Deutschland seit 1990 bereits 105 Menschen aus rechtsextrem-rassistischen Gründen umgebracht: erschlagen, erschossen, verbrannt.

EU-Perspektive

Analysen besagen: 77 Prozent aller Finanzhilfen für sogenannte EU-Krisenländer, wie Griechenland oder Portugal, landeten bei Banken. Die wiederum hatten als Finanz-Hasardeure die Krise ausgelöst. Zugleich wurden die gescholtenen Länder gezwungen, Staatseigentum zu privatisieren, Löhne und Renten zu kürzen, Beschäftigte zu entlassen. Allein die Jugendarbeitslosigkeit schnellte auf 50 Prozent und höher. Das ist ein Fiasko auch deutscher EU-Politik – mit Folgen: Die so gebeutelten EU-Staaten fallen mittelfristig als Importeure deutscher Waren aus. Oder anders gesagt: Der Bumerang ist längst auf dem Rückflug. Deshalb fordert DIE LINKE: Die gute Idee einer Europäischen Union muss endlich mit gemeinsamen sozialen und demokratischen Standards verwirklicht werden.

Deutsche Einheit

Stellen wir uns vor: In den Morgenstunden des 3. Oktober 1990 wurden zwei Knäblein namens Volker als

Neubundesbürger geboren. Beide in Frankfurt, der eine an der Oder, der andere am Main. Beide wachsen heran, lernen und studieren. Beide arbeiten als anerkannte Elektronik-Spezialisten. Beide erhalten 2057 ihren Rentenbescheid. Darin kann Volker von der Oder lesen, was er zeitlebens geblieben ist: ein Ossi. Seit Jahren kämpft DIE LINKE dafür, dass Ost-Löhne und -Renten auf Westniveau gehoben werden, für Ältere und Jüngere. CDU/CSU und FDP hatten das für die ablaufende Wahlperiode versprochen. Dann kam die Absage. Das sei den Wessis nicht zu erklären, hieß es. Leider lehnten auch SPD und Grüne bislang jede Einheitslösung ab.

Hartz-IV-Dilemma

Ich habe 2003 im Bundestag gegen Hartz IV gestimmt. Dafür hatte und habe ich fünf Gründe. Der erste: Mit Hartz IV wird Arbeitslosigkeit zum Privatversagen verklärt. Es ist aber ein gesellschaftliches Problem. Der zweite: Bedürftige werden durch die Hartz-IV-Praxis als Bittsteller in Armut geschickt. Der dritte: Hartz IV trifft Kinder und raubt ihnen Zukunft. Der vierte: Wer Hartz-IV-Hilfen beantragt, muss 150 bis 180 ganz persönliche Daten über sich und sein Umfeld preisgeben. Ergo der fünfte: Hartz IV entwürdigt sozial und tilgt zudem verbriefte Bürgerrechte, zum Beispiel den Datenschutz. Trotzdem preisen alle anderen Parteien Hartz IV noch immer als »Reform«. Ich nicht!

Mehr Demokratie

Jüngst war im Land Berlin ein Volksbegehren für »neue Energien« erfolgreich. Ihre Meinung war gefragt. Bei direkter Demokratie auf Bundesebene aber ist Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland. Höchste Zeit, mehr Demokratie zu wagen.

Steuern, Mieten, Lebensmittel

Das komplette Wahlprogramm der LINKEN finden Sie übrigens im Internet unter www.die-linke.de, in unserer Geschäftsstelle oder an unseren Informationsständen. Darin steht – detaillierter – auch das:

DIE LINKE fordert ein anderes Steuersystem. Erstens wollen wir die Mehrwertsteuer für nahezu alles senken, was Kinder brauchen. Zweitens wollen wir verhindern, dass jede Lohn- oder Gehaltserhöhung automatisch von höheren Steuern aufgeessen wird. Drittens wollen wir durch eine Vermögens- und Millionärsteuer einen Reichenbeitrag für das Allgemeinwohl.

Zu den akuten Problemen gehören drastisch steigende Mieten. Sie führen

zu Vertreibungen. Für mehr und mehr Berlinerinnen und Berliner wird das Grundrecht auf Wohnen unerschwinglich. Deshalb fordert DIE LINKE unter anderem einen Mietpreis-Stopp, wenn es um pure Neuvermietungen geht.

Schließlich gibt es »Lebensmittel«, die darf man nicht dem Markt überlassen, schon gar nicht dem Finanzmarkt: Wasser, Energie, Bildung, Gesundheit, Nahverkehr. Dies und mehr wollen wir zurückerobern, mit Ihrer Hilfe. Man entscheidet mit der Wahl also auch zwischen Menschenrechten und Profit.

Bei diesen und auch bei ganz anderen wichtigen Themen, vom Internet bis zur Solarwende, gibt es für DIE LINKE stets drei Gütesiegel:

Sozial. Gerecht. Demokratisch.

